

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig macht auf einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion aufmerksam: „ Der Stadtrat beschließt, Herrn Oberbürgermeister a.D. Dr. Eberhard Schulte-Wissermann für die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 die Entlastung zu erteilen.“

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann begründet den Antrag. Haushaltsrechtlich könne Herrn Oberbürgermeister a.D. Dr. Eberhard Schulte-Wissermann kein Vorwurf gemacht werden. Er habe sich für die Stadt verdient gemacht. Die Rechtsstreitigkeiten bezögen sich auf nur geringe Summen. Sie spricht sich für eine Entlastung aus.

FDP-Fraktionsvorsitzender Mertin spricht sich ebenfalls für eine Entlastungserteilung aus und schließt sich seiner Vorrednerin bezüglich der Begründung an.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke schließt sich ebenfalls an. Seine Fraktion werde dem Änderungsantrag zustimmen. Es sei an der Zeit einen Schlusstrick zu ziehen.

Rm Otto (CDU) begründet die Beschlussvorlage des Rechnungsprüfungsausschusses. Der Sachverhalt habe sich in den letzten Jahren nicht geändert. Die abschließende Aussage zu den Baukosten solle abgewartet werden. Persönliche Motivationen als Versagungsgrund lägen nicht vor. Es handele sich um eine sachgerechte Entscheidung.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke teilt mit, dass die Abstimmung im Rechnungsprüfungsausschuss knapp ausgefallen sei.

AfD-Fraktionsvorsitzender Scheer erklärt, seine Fraktion werde sich enthalten.

Herr Schleiffer (30) informiert, dass zurzeit keine Prozesse mehr laufen würden; es bestünden aber noch langwierige Abstimmungen mit der Bahn, Grundstückseigentümern sowie Sonstigen. Gründe für die Verweigerung der Entlastung könnten nur Tatsachen sein, die die Haushaltskassen- und Rechnungsprüfung betreffen. Sind Gründe für eventuelle Missstände behoben, könne die Entlastung nicht mehr verweigert werden. Die Versagung der Entlastung habe zu erfolgen, wenn der Jahresabschluss kein, den tatsächlichen Verhältnissen der Gemeinde auch nur annähernd entsprechendes Bild vermittelt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig nimmt Bezug auf die Wortmeldung von FBG-Fraktionsvorsitzendem Gniffke. Die Ausschussabstimmungen seien zwar auf der Vorlage erkennbar, aber daraus lasse sich noch kein Abstimmungsverhalten einzelner Personen ableiten.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig fasst zusammen, dass das Kostenmanagement des Schienenhaltepunktes schief gelaufen sei, aber innerhalb des Gesamtetats der BUGA aufgefangen werden konnte. Oberbürgermeister a.D. Dr. Eberhard Schulte-Wissermann habe sich persönlich nichts vorzuwerfen. Es seien keine Mittel veruntreut worden oder Dinge unsachgemäß gelaufen. Lediglich das Projekt sei nicht gut gesteuert worden. Aus diesem Fehler habe man gelernt und den Zentralplatz unter Budget errichtet. Auch habe man gelernt nicht immer Outsourcing zu betreiben sondern die eigene Verwaltung stark zu machen. Er spricht sich für eine Entlastung aus und appelliert an die Menschlichkeit.

Rm Kalenberg (CDU) widerspricht Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig und schließt sich Rm Otto (CDU) an. Die Dauer der Klärung sei kein Hindernis. Man rede vorliegend über Finanzmittel der Stadt. Es sei nur angemessen dass der Rat die Übernahme der politischen Verantwortung verweigere. Er werde der Entlastung hier nur unter Einschränkung zustimmen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig lässt zunächst über den Änderungsantrag der SPD- Fraktion abstimmen. Dieser wird bei 19 Ja-Stimmen, 27 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der ursprüngliche Beschlussentwurf wird bei 27 Ja-Stimmen, 19 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.